

Neue Preissteigerungen auf der ganzen Linie

Zahlen und Tatsachen

Breslau, den 20. 10. 25

In Breslau festeten in der vergangenen Woche: Rospfen 1. - 20. kleine Gschte 80 Pfg., Eier 15 Pfg., Butter 2.50 - 2.60, Linsen 60 Pfg., Erbsen 30 Pfg., Weiße Bohnen 32 Pfg., Nachschäumen, die man früher mit 30 - 40 Pfg. pro Pfund kaufte, kosteten 75 Pfg. In Wurstwaren sind die Preise nicht zurückgegangen. Schinken 2.20 bis 2.30 Mk., Kalbfleisch 1.40 Mk., Hammelfleisch 1.10 Mk., Schmorfleisch 1.30 bis 1.40 Mk.

Die Preise für Obst sind derart, daß sich der Arbeiter und kleine Mann überhaupt keine kaufen kann.

Eogar die gefälschte Mehlmesser für die Großhandelspreise hatte sich die vorhergehende Woche eine weitere Vertenerung der landwirtschaftlichen Produkte zu geben müssen.

Das sind nackte Zahlen, harte Tatsachen. Die Tatsachen strafen das übliche Geschwätz von einem „Preisabbau durch die Regierung“, Lügen. Wer angucken die Großgratier Niesenzölle auf die Lebensmittel legt, verbilligt sie nicht, sondern verteuert sie um eben diesen Zoll. Die Parole „Preisabbau durch die Luther-Regierung“ ist also so schön wie der Ausdruck „hölzernes Eisen“. Sie bedeutet für die Millionenmassen des Volkes den Regierungsspoß zum Regierenschaden. Die Preise steigen und sie werden weiter steigen.

Die Berliner Händler der Kolonialwarenbranche haben — wie ihre Kollegen in vielen Orten des Reiches — neuerdings wieder in einer Versammlung Protest erhoben, daß der Einzelhandel, der Kleinhandel, zum Frügeknoten der verkehrten Wirtschaftspolitik gemacht wird. Sie haben die Befürchtung geäußert, daß die gegen sie gerichteten Regierungsmaßnahmen ihnen den Ruin und das Anheimfallen an die Erwerbsloseninsorge bringen werden. Zweifelsohne liegt die Politik der Regierung Luther-Sindenburg in der Richtung auf fortschreitende Ruinierung und Proletarisierung des kleinen Händlers. Diese Politik ist die Politik der Deutschland beherrschenden Junker, Großindustriellen und Großhändler: für diese Wirtschaftsklasse ist die Regierungspolitik keine „verkehrte“, sondern eine normale, da sie nur die Durchsetzung ihrer nackten Profitinteressen ist. Für das gemeine Volk aber, für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker und Kleinhandwerker ist es nicht nur eine verkehrte, sondern eine verderbenbringende. Es ist die Wirtschaftspolitik einer kleinen, reichen, ausbeuterischen, räuberischen Minderheit gegen die im Schweiß ihres Ansehns schustende überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Die herrschenden Reichen haben es nach immer verstanden, zum Beispiel nach den Schwindel hinzuzufügen. Das gilt mit Bezug auf den „Preisabbau“ ebenso wie mit Bezug auf die Parole, der Kleinhandel sei schuld.

Arbeitslosenparaden und Demonstrationen sind wiederholt verboten, gestoppt und unmöglich gemacht worden, dabei sind fast stets — wie in Halle, Leipzig, in Essen und vielen anderen Orten — Arbeiter verletzt oder verhaftet worden; durch die Zustimmung zu der Zoll- und Steuerpolitik der Sindenburg-Hera nach durch die Billigung des Sicherheitspaktes ist die Arbeiterklasse dem Massenverderben ausgeliefert worden.

So sind in unzähliger Zahl Schandtatzen über Schandtatzen vom Ministerium Severing gegen das Sozialrecht verübt worden.

Wenn von den Deutschnationalen und der Deutschen Partei zum Etat des Ministeriums des Innern ein Antrag gegen den Minister Severing gestellt worden ist, so ist im übrigen aber, wie ihr Verhalten im Landtag zu beweist, den rationalen Etat des Ministeriums bewilligen, so belanden sie damit offen ihre Feindschaft gegen die Arbeiterklasse, als deren Vertreter sie Severing im Staatsministerium ansetzen. Das Vorgehen der Deutschnationalen und der Deutschen Partei geht lediglich darauf hinaus, die Ministerposten wieder als ihr altes Privileg zu erlangen.

Die kommunistische Fraktion wird deshalb nicht für den dringenden Antrag und den dringenden Antrag des Ministeriums des Innern, so wird ihr Antrag gegen das Ministerium Severing ebenso wie gegen das gesamte Staatsministerium dankbar zum Ausdruck bringen, daß sie die Etat ablehnen.

Die sozialdemokratische Regierungsrätin

Wie bekannt, wandte sich die SPD an eine Reihe Prominenten und Journalisten mit der Bitte um ihre Unterstützung für das Interpellationsgesetz gegen die ungerechte Regierung für die mit dem Todesurteil bedrohten Arbeiter, Schiffsarbeiter und Studenten. Eine solche Bitte erging auch an Frau Regierungsrätin Baderhagen, Mitglied der SPD. Sie legte ihre Unterstützung nicht zu und verzögerte sich auch in der Sache nicht in das Interpellationsgesetz ein Paragrafen von der SPD, wie diejenigen, die ihre Unterstützung gegeben haben. Auf diesen Ausbruch der SPD von Frau Baderhagen, folgende Schreiben zu:

In das Ministerium der Internationalen Arbeiterhilfe Sie werden mir nach der Fiktionsprüfung in Berlin ein Schreiben, datiert vom 7. Oktober d. J., das ich Ihnen er-

Die Frage der Schuld und Nichtschuld aber ist nicht das Entscheidende für die Arbeiterschaft. Für sie steht in erster Linie die Frage „was tun?“ Ihre Löhne sind durchschnittlich 40 Prozent zu tief gemessen an den Preisen. Für sie gibt es nur ein einziges Mittel gegen die Teuerung, das ist der Kampf um ausreichende Löhne.

Der Preisabbau „eingetoren“! Parole „Gefrierfleisch“ hat Parole „Kohlrüben“ (Staener, Zählbericht)

Berlin, 20. Oktober

Die Lutherregierung ist weder willens noch fähig, den Preisabbau durchzuführen. Das Geschrei vom Preisabbau sollte nur dazu dienen, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Da sich die Regierung mit ihrer Preisabbauparole einen großen Reinfall geholt hat, da die Lebensmittelpreise, insbesondere für Fleisch, weiter steigen, wird ein neuer Bluff versucht. Billiges Gefrierfleisch, das ist das neue Hilfsmittel gegen den Lebensmittelwucher. Und die gehorsame Bourgeoisepresse von Mosse und Scherf, die im Kriege die Kohlrübe und die Marmelade als die besten, nahrhaftesten, wohlgeschmecktesten Nahrungsmittel pries, entdedt plötzlich alle die hundert Vorzüge des Gefrierfleischs, die von dem unbescheidenen, vorurteilsvollen Proletarier, der frisches Fleisch verlangt, verlangt werden. Wozu bezahlt denn die Bourgeoisie ihre Journaille, ihre „Wissenschaftler“, ihre „Fachleute“? Wenn die Bourgeoisie es verlangt, so preisen sie weichgekochte Kieselsteine als bestes Vollnahrungsmittel.

Das „Berliner Tageblatt“ unternimmt den ersten Versuch. Unter dem Titel „Die Kälte als Volksernährer“ schreibt es von dem appetitlichen, sauberen, nahrhaften, billigen Gefrierfleisch, das wir tollfrei aus Amerika bekommen. Dafür hätten die Demokraten gesorgt. Sie hätten zwar den Agrarzöllen zugestimmt, aber eine Lücke im Zollgesetz für die Einfuhr von Gefrierfleisch freigelassen. So sorgen die guten, braven Demokraten für das „Volk“. Aber das „Volk“ will nichts von den Rationalitäten der Demokraten wissen. Denn es meidet das Gefrierfleisch, nur die Bourgeoisie, die reichen Leute im Westen Berlins, essen, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, das Gefrierfleisch, die unbescheidenen Proletarier jedoch.

Diese Schmodts und ihre Geldgeber sollten ihren Wohnsitz in die Arbeiterviertel verlegen und sich dort von dem „guten Gefrierfleisch“ nähren. Die Proletarier werden aern mit ihnen tauschen, nicht nur mit ihren Fleischvorräten, sondern auch mit ihrem Logis, ihrem beschaulichen Dasein, ihrem Reichtum. Dann würde diesen büraerlichen Presseschmodts die Luft an solchen Schmierartikeln vergen. Wenn sie im Winter in Proletarierhöhlen lägen, weder im Besitz von frischem noch von Gefrierfleisch, ohne Gemüse, ohne Fett, ohne Kohlen, dann würden sie aufhören zu phantazieren von der „Kälte als Volksernährer“.

Ich habe Ihnen meine Bereitwilligkeit zur Unterstützung des Appells nie erklärt, und teile Ihnen hierdurch mit, daß ich nicht bereit bin, diesen Appell oder irgendeine andere Sache, die von Ihnen ausgeht, zu unterzeichnen.

gez. Hedwig Wachenheim
Regierungsrätin

In dem Antwortbrief schreibt die SPD: „Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Wachenheim!“

Auf Ihre Zuschrift vom 12. d. Mts. befallen wir uns, Ihnen zu erklären, daß das fragliche Rundschreiben vom 7. Oktober Ihnen leider durch einen Irrtum zugestellt wurde.“

Und nachdem in den nächsten Tagen der oben erwähnte Zustand ausgeklärt wird, heißt es weiter:

Wir wollen aber, um allem Weiteren vorzubeugen, feststellen, daß wir niemals Ihren geschätzten Namen unter einen Brief oder Telegramm oder ein Schriftstück gesetzt haben, — unter ganzes Verbrechen besteht darin, Ihnen durch ein administratives Versehen unseren Sanfbrief für eine gute Tat zugestellt haben, die Sie nie begangen haben, was Sie durch Ihr Schreiben besonders festgestellt haben wollen. Wir nehmen von Ihrer Erklärung Kenntnis, daß Sie es ausdrücklich ablehnen, in Gemeinshaft mit Professor Albert Einstein, Käthe Kollwitz, General v. Schornbach, Georg Ledebour, Alfred Kerr, Dr. Kuczynski, Alfons Jaquet, Prof. Zille, Professor Sandtuhl und anderen genannt zu werden, und daß Sie ausdrücklich ablehnen, für die in Ungarn in der brutalsten Weise mißhandelten Arbeiter etwas zu tun.

Beziehen Sie bitte, das einfache Proletarier in unserem Sekretariat Sie, die erste Führerin und erste Vertreterin der sozialdemokratischen Arbeiter-Bevölkerungsorganisationen Deutschlands, für fähig gehalten und Ihnen vertrauten, einen Scheitern maßvoller Menschenfreunde im Interesse halbtotgeschlagener Proletarier zu unterstützen und zu helfen, einer „Anerkennung“ Arbeiterfamilien ihren Ernährer vom Fenster zu retten.

Ein Versehen, das, geschätzte Frau Regierungsrätin, nicht mehr vorkommen soll.

Zentralkomitee
Internationaler Arbeiter-

möhen — denn 7 Prozent Lohnerhöhung bedeuten angeht die gestiegenen Lebensmittelpreise und der wachsenden Teuerung seine Erhöhung des Soziallohnens — sondern in aller Eile die Ausbeuter in ihrem Bestreben, einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch zu sabotieren und 33.000 Bergarbeiter aufs Vblatter zu werfen.

Die Unterdrückung der Unternehmer durch Wirtschafts- und Wohlfahrtsministerium beleuchtet zugleich die elende Demagogie jener Gewerkschaftsführer, die eine Heke gegen die SPD führten, weil sie den Kampf der Bergarbeiter unterließen. Sie sagten die ganze Lächerlichkeit der Redensart, daß der Kampf nur wirtschaftlich und keinen politischen Charakter habe — und daher ausschließlich von den Gewerkschaften geführt werden müsse. Er bewillt den Bergarbeitern, daß ihr Kampf nur gewonnen werden kann, wenn er zugleich politisch geführt wird. Das wollen die Herren Sozialdemokraten freilich nicht wahr haben, sonst wären sie geneigt, gegen eine Regierung zu kämpfen, in der ihre Genossen den Ausschlag geben.

Und schließlich hat der Ausgang des Kampfes den niederstehenden Bergarbeitern auch gezeigt, daß es falsch ist bei dem von dem Unternehmer aufgezwungenen Kampf sich nur auf die Abwehr und die Forderung der Zurücknahme der Rücknahme zu beschränken. Diese Zurücknahme ist zwar erreicht worden, aber unter welchen Konzeptionen! Auch dieses feile Kompromiß wäre nicht erreicht worden, wenn die Unternehmer dank der propagierten Lohnordnungen der Kommunisten nicht Angst vor ihrer eigenen Kontrage bekommen hätten. Der Kampf der Bergarbeiter um höheren Lohn ist wie wir bereits einleitend feststellten nur vertagt worden. In knapp 14 Tagen wird das Spiel aufs neue beginnen.

Werden die Bergarbeiter aus den vergangenen Monaten lernen? Werden sie begreifen, daß es falsch ist sich auf die Abwehr der Lohnabbaubestrebungen zu beschränken statt zur Offensive überzugehen?

Werden sie ihre Gewerkschaftsführer zwingen, diese als schädlich erkannten Methoden aufzugeben? Werden sie die Gewerkschaftsführer zwingen, die Lohnkämpfe auf einer erweiterten Basis zu führen und eine Front aller Bergarbeiter von der Ober bis zur Ruhr herzustellen?

In den Gewerkschaftsversammlungen werden unsere Genossen trotz allen Geschreis der Songen über die Politisierung der Gewerkschaften, dafür sorgen, daß diese Fragen gestellt und beantwortet werden.

Die rheinisch-westfälischen Unternehmer beharren auf Lohnabbau

Der Schiedsspruch im Berggewerbe abgelehnt

Am 18. Oktober nahm der Arbeitgeberverband für das rheinisch-westfälische Berggewerbe bei einer Generalversammlung in Essen zu dem am 11. Oktober in Berlin gefällten Schiedsspruch Stellung. Er ist im wesentlichen ablehnend, den Schiedsspruch abzulehnen und auf der Forderung des Lohnabbaus von 16 bis 20 Pfg. pro Stunde zu beharren. Erklären die Vertreter der Arbeiter die Vorschläge der Unternehmer abzulehnen, so soll die Auswertung durchgeleitet werden.

Auch die Metallindustriellen der nordwestlichen Gruppen des Rheinlands erklärten bei den Generalversammlungen mit dem Metallarbeiterverband, daß sie unter keinen Umständen den Forderungen der Gewerkschaften, die Löhne um 15 Prozent zu erhöhen, zustimmen würden. Sondern auf ihrer Forderung einer geographischen Lohnabbaus beharren müssen.

Die Beschlüsse der Unternehmer müssen den Arbeitern den Ernst der Situation zeigen. Lohnabbau verweigern die Unternehmer in einem Augenblick, wo der Winter mit seinen schmerzhaften Entbehrungen durchzuführen. Die heutigen Löhne, die weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleiben, sollen noch mehr gesenkt werden. Dem geplanten Lohnabbau gilt es zu begegnen. Stärkung der Gewerkschaften, Schaffung einer einheitlichen, massiven Kampfstrategie zur Abwehr aller Vorkämpfe der Unternehmer ist dringendes Gebot.

Hungerlöhne — als Probocandamitte!

Das Geschrei der Unternehmer von den hohen Löhnen der Arbeiter wird nicht selten getarnt durch ein Propagandaschreiben von der Frau-Vizepräsidentin des Reichsausschusses für die Arbeiter, Frau Dr. Breda, in dem bei der Verbreitung von Hungerlöhnen auch auf die Arbeiterlöhne Bezug genommen wird. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Wachsende Bevölkerung ist auf eine Ernte und der in dem Land herrschende Lohn- und Produktionsverhältnisse. Infolge der augenblicklich niedrigen Arbeitslöhne und des Umstandes“

„Umstanden wird also hier angegeben, daß die Löhne der Arbeiter zu niedrig sind. Aus diesem Grunde sind es die Löhne zu erhöhen. Die Arbeiter müssen der kapitalistischen Klasse zeigen, daß sie sich nicht mehr länger mit Hungerlöhnen zufriedengeben. Der Kampf um den Reallohn muß aufgenommen werden.“

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion gegen Gebering

(Sig. Draht.) Berlin, 19. Oktober

Im Namen der kommunistischen Landtagsfraktion verlas Genosse Gebering während der Debatte über den Etat des Innenministeriums folgende Erklärung:

„Die kommunistische Fraktion tritt dem von dem Sozialdemokratischen Ministerium gebildeten Ministerium des Innern wie dem gesamten Staatsministerium das schärfste Mißtrauen aus.“

Sowohl der Etat wie die gesamte Tätigkeit des Ministeriums des Innern ist durchwegs arbeiterschädlich und darauf eingerichtet, mit dem Polizeistatut die Arbeiterklasse an der Verbesserung ihrer Lage zu hindern und die Bourgeoisie vor den Angriffen des Proletariats zu schützen. Dafür sprechen folgende Tatsachen:

Während der Minister Severing gegen anständige Reallohnarbeiter Beamte bekannt bis zum äußersten, werden Kommunisten von wachsendem und grundlos nicht bestraft, selbst wenn sie von der überausen Mehrheit ihrer Wähler als kommunistischer Feind gewählt werden.

Obdachlosen, die durch Hausbesitzerbrutalität und hungerliche Massenstarben aus ihren Wohnungen geworfen sind, soll nach dem Erlaß des Innenministeriums polizeilicher Schutz verweigert sein; sie sollen auf dem Straßensplatz liegen bleiben.

In zahllosen Fällen hat das Innenministerium Kommunisten von Straßensplätzen und Kapitalisten aus Ausbeutern beseitigt.

gegen Kommunisten wird oft und ohne jeden Grund mit Verhaftungen, Hausdurchsuchungen in der schlimmsten Weise vorgegangen.

Der Kampf mit den Kinderkrankheiten

Zur Erinnerung an den Heidelberger Parteitag 1919

Von Ernst Meyer

Vom 20. bis 24. Oktober 1919 lagte in Heidelberg der 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), der die formelle Spaltung zwischen KPD und SPD herbeiführte.

Die Spaltung der kommunistischen Arbeiterpartei brachte eine so starke Schwächung der KPD (Spartakusbund) mit sich, daß diese Partei, die im Winter 1918/19 die Führerin der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats war, im Winter 1919/20 und darüber hinaus zu einer zahlenmäßig schwachen Organisation wurde, die auch politisch außerordentlich gelähmt war. Erst die Vereinigung mit der USPD im Herbst 1920 schuf der kommunistischen Bewegung in Deutschland wieder einen starken organisatorischen Faktor.

Die Frage, ob die Heidelberger Spaltung notwendig oder auch nur zweckmäßig war, hat bezeichnenderweise in den Diskussionen häufig eine große Rolle gespielt, und noch heute wird diese Frage nicht einheitlich beantwortet. Aber gerade heute, wo die Partei sich bemüht, die letzten Fehler der KPD zu überwinden, ist eine richtige Beantwortung dieser Frage von Bedeutung.

Auf dem Gründungsparteiitag der KPD im Dezember 1918 war von der Mehrheit gegen den Willen Rosa Luxemburgs Karl Liebknecht und der übrigen Mitglieder der damaligen Zentrale die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalparlamentarierabgelehnt worden. Nur durch Verletzung der Beschlüsse gelang es, die Gefahr eines ähnlichen Beschlusses mit der Ablehnung der Mitarbeit in den Gewerkschaften zu beseitigen. Die antiparlamentarische und anti-gewerkschaftliche Haltung der Mehrheit hat sich im folgenden kommunistischen Organisationsentscheidungen nicht nur einer Überhöhung der Situation, gegen die sich besonders Rosa Luxemburg in ihrem Referat auf dem Gründungsparteiitag wandte, sondern auch einer Unterdrückung und zum Teil einer direkten Verungeltung der Bedeutung und Rolle der kommunistischen Partei im allgemeinen. Das zeigte sich sehr deutlich bei den noch im Herbst 1919 einsetzenden Bestrebungen zur Auflösung der Partei in eine „revolutionäre Einheitsorganisation“, die gleichzeitig die Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften erfüllen sollte. Die Frage der revolutionären Einheits- oder Betriebsorganisation war schon während der Kriegszeit in der linksradikalen Bremer „Arbeiterpolitik“ erörtert worden. Nach der Novemberrevolution setzten von der Wasserfront her die Versuche ein, diese bisher nur theoretisch erörterten Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Die Hauptträger im Streit waren dabei weniger die alten Antiradikalen als die beiden Hamburger Wolffheim und Kaufenberg. Wolffheim, der bis zu Kriegsausbruch längere Zeit in Amerika gelebt hatte, war von dort als begeistertes Anhänger der I.W.W. (Industrial Workers of the World), einer gegen die amerikanischen Gewerkschaften Sombers gerichteten gewerkschaftlichen Organisation zurückgekehrt. Bei Kaufenberg verquickten sich Kleinbürgerlich-theoretische Unklarheiten mit einem Mangel an organisatorischer Erfahrung, was ihn fortgesetzt zu Schwankungen und Ueberirretungen verführte. So hatte Kaufenberg in den ersten Monaten der Revolution die Verbindung des Rätekommunismus mit dem Parlamentarismus, so wie es später die USPD tat, gefordert.

Während die Ablehnung der Parlamentsarbeit in einer so ungünstigen revolutionären Situation wie des Winters 1918/19 noch erträglich war und keinen Grund zur Spaltung abgeben hätte, drohte die Propaganda der revolutionären Einheitsorganisation die kommunistische Partei in ihrer Wurzel. Es war deshalb durchaus gerechtfertigt, daß die Zentrale des Spartakusbundes über diesen Punkt völlige Klarheit bis zur Konsequenz der Spaltung schaffen wollte. Die Zentrale, von der nach der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Leo Juchacz mehrere Mitglieder lange Zeit im Gefängnis saßen (ich selbst von Anfang März bis Mitte Dezember 1919), während die anderen infolge des Mosketerrores fortgehört von einer Stadt in die andere gejagt wurden, bemühte sich in erster Linie, die Partei zu retten. Sie machte dabei in anderen Fragen Konzeptionen, die uns heute als unzulässig erscheinen. So gab sie in der Gewerkschaftsfrage nach und duldete, ja unterstützte vorübergehend die Bildung von Unions, z. B. der Bergarbeiter-Union. Aber in der Frage der Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei war sie mit Recht unerwandelbar.

Gegenüber den Forderungen auf Gründung von „revolutionären Betriebsorganisationen“ vertrat die Zentrale damals die Ansicht, daß die Partei sich auf die Betriebe stützen, ja nach Betrieben gliedern müsse. Schon auf dem Gründungsparteiitag hatte Hugo Oberstein im Auftrage der Zentrale die Bildung von kommunistischen Betriebszellen empfohlen. Er führte dort aus, daß es vielleicht das Zweckmäßigste sei, „kommunistische Gemeinschaften“ (Zellen) in den Betrieben zu gründen. Die (kommunistischen) Obleute der Betriebe bilden die Funktionärskonferenz des Ortes, die die Organisation wählen. Die Art der Organisation hat den Vorteil, daß sie die Schlagfertigkeit erhöht (Protokoll des Gründungsparteitages Seite 44). Noch im Verlauf des Jahres 1919 bürgerte sich indessen in der Partei die Verbindung von Betriebszellen und Wohnbezirksorganisationen ein, wie sie in dem vom Heidelberger Parteitag beschlossenen Statut (§ 2) grundsätzlich gefordert wird.

Was die späteren KPDisten aber wollten, war nicht ein Aufbau der Partei auf Betriebszellen, sondern eine Auflösung der Partei. Das Schicksal der KPD lehrt, welche Konsequenzen es für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland gehabt hätte, wenn die Zentrale des Spartakusbundes nicht diese Bestrebungen mit aller Kraft entgegengetreten wäre. Lenin hat deshalb auch in seinem Buch über die KPD gegenüber der KPD recht gegeben und ebenso hat die kommunistische Internationale in den Briefen an die KPD die USPD verteidigt.

Auf dem Heidelberger Parteitag legte die Zentrale zunächst Vorschläge über kommunistische Grundzüge und Ziele vor, die die Aufgabe der KPD als politische Partei zur Führung des revolutionären Massenkampfes betonen und die radikalste Meinung, daß diese Vereinigung der zielstärksten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr eine Reihe von unabhängigen Organisationen aus der Partei herausgehen müsse, als gegenrevolutionär verworfen. Diese Vorschläge bringen zugleich die not-

wendige Unterbrechung zwischen der Partei als Führerin des Massenkampfes und der wirklichen Massenorganisationen. Schließlich fordern die Vorschläge strikte Zentralkonzeption und die Verneinung und Auflösung der Partei. Diese in den Grundgedanken richtigen Vorschläge wurden mit 21 gegen 18 Stimmen angenommen und der Ausschluß aller derartigen Organisationen proklamiert, deren Vertreter gegen diese Vorschläge gestimmt hätten.

In Wirklichkeit ist der größte Teil der formell ausgeschlossenen Organisationen noch in den nächsten Monaten zur Partei zurückgekehrt. Schon am nächsten Tage protestierten einige Delegierten der Obwohler dagegen, daß die Zentrale überhört habe und daß die Vorschläge nicht vorher den Mitgliedschaften rechtzeitig zur Diskussion vorgelegt worden seien. Dieser Protest, wie eine ganze Reihe anderer Tatsachen beweisen, daß die damalige Zentrale es in der Tat an der genügenden Vorbereitung des Parteitag und der Aufklärung der Mitgliedschaft hat fehlen lassen. Auch ist insbesondere von Paul Levi die Diskussion, soweit sie stattfand, sehr unpädagogisch geführt worden. Genossen, mit denen ich in Gefängnis zusammentraf, erzählten mir, entsetzt, daß Paul Levi in den Versammlungen von vornherein so provozierend aufgetreten sei, daß man den Eindruck gewinnen mußte, er wolle weniger überzeugen als spalten. Auch scheint in den Diskussionen die Frage der Parlamentsarbeit im Vordergrund gestanden zu haben, während auf dem Heidelberger Parteitag richtiger erst die grundsätzliche Frage der Rolle der KPD und ihres allseitigen Anschlusses an die Gewerkschaften behandelt wurde. Erst nach dem Ausschluß der Opposition kam auf dem Heidelberger Parteitag die Frage des Parlamentarismus und die Gewerkschaftsfrage zur Erörterung. Die Vorschläge auch über diese beiden Punkte sind im wesentlichen richtig. Man kann der zweiten Resolution höchstens vorwerfen, daß sie den Bestrebungen auf Bildung neuer gewerkschaftlicher Organisationen nicht genügend

Widerstand leistet. Aber wenn man sich daran erinnert, mit welcher Kraft noch im Winter 1923/24 die anti-gewerkschaftliche Stimmung, allerdings unter Führung und zum Teil mit Unterstützung führender Gruppen der Linken, die Partei über den Bergarbeiter-Union in der Zustimmung zur Gründung der Bergarbeiter-Union in der revolutionären Situation des Herbstes 1919 befreit haben.

In Wirklichkeit haben die Beschlüsse des Heidelberger Parteitag trotz vorübergehender organisatorischer Schwächung der Partei und trotz der Fehler, die im einzelnen bei der Vorbereitung dieses Parteitag gemacht worden sind, erst die Grundlage für die Bildung einer festen, zentralistischen kommunistischen Partei geschaffen. Heidelberg ist in diesem Sinne ebenso sehr als Gründungsparteiitag zu betrachten, wie der Parteitag im Dezember 1918. Heidelberg schuf auch die Voraussetzung für den Zusammenschluß mit den linken Elementen mit der USPD. Niemals wäre es gelungen, die revolutionäre gesonnenen Mitglieder der USPD, in Halle von der rechten USPD zu trennen und mit der KPD zu vereinigen, wenn der Spartakusbund nicht in Heidelberg die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei, die Mitarbeit in den Gewerkschaften und die Teilnahme an der Parlamentsarbeit beschlossen hätte.

Selbst innerhalb der KPD, vorübergehend ein Teil der Erfahrungen von 1919/20 wieder verloren gegangen oder wenigstens vergessen worden. Viele Diskussionen, die wir in den letzten zwei Jahren in der Partei geführt haben, wiederholen in veränderter Form das, was bereits 1919 zur Erörterung stand, und es wäre gut, wenn die ganze Partei endlich das Erbe ihrer Vergangenheit nutzen würde.

Der rumänische Rache-Feldzug in Bessarabien

Die „Gesellschaft der Freunde Bessarabiens“ veröffentlicht folgenden offenen Brief an die rumänischen Behörden:

Wierhundertsechshundert Bauern — Männer, Frauen und Kinder — stehen gegenwärtig vor dem rumänischen Kriegsgericht in Kischineff unter der Anklage, am jüdischen Aufstand vom September des Vorjahres teilgenommen zu haben.

Genügt schon allein die Zahl der Angeklagten, um unsere Aufmerksamkeit auf diesen Prozeß zu lenken, so verändert die aus Rumänien einlangenden Nachrichten unsere Neugierde in wahrhaftes Grauen.

Eine Verwaltung, die gegenwärtig Bessarabien im Namen Rumäniens beherrscht, trägt die volle Schuld an diesem Zustand.

und dennoch sollen nur 486 Bauern als Sündenböcke für die Folgen einer derartigen Verwaltung herhalten.

Wie der Abgeordnete Jacobescu von der Tribüne der Bukarester Kammer festgestellt hat,

sind bereits 13 Angeklagte ohne gerichtliches Urteil hingerichtet worden.

Die übrigen Angeklagten aber sind der Möglichkeit der Verteidigung beraubt, da sie sich mit ihren Anwälten nicht verständigen können.

Kein Zeitungsberichterstatter, weder ein rumänischer noch ein ausländischer, darf bessarabisches Gebiet betreten

und es mußte die Intervention des „Allgemeinen Presseverbandes Rumäniens“ angerufen werden, um gegen diese Verletzung der primitiven Rechte Einspruch zu erheben. Dasselbe Verbot barkeit läßt aber einen Leutnant Morarescu,

an dessen Händen das Blut von dreißig unschuldig ermordeten Bauern fließt,

gänzlich unbeschäftigt.

Wenn wir die nackten Tatsachen sprechen lassen, dann geht aus ihnen klar hervor, daß

der Aufstand von Nikolajewa unmittelbar von den Oberbarmen herbeigeführt wurde.

Die bei hellstem Tage am dortigen Marktplatz einen Bauern niederschossen, weil er sich weigerte, ihnen seine Waren kostenlos zu überlassen. Die bereitete Entzweiung, die dieser Mord unter den verammelten Bauern hervorrief, war der Funke, der die allgemein herrschende Empörung der Bauernschaft in einem Aufstande aufflammern ließ.

Die Folgen dieses Aktes der Notwehr waren fürchterlich:

Das Dorf Nikolajewa und fünf andere Dörfer der Umgebung wurden durch Artillerie dem Erdboden gleichgemacht.

das Städtchen Zatar-Bunar aber an mehreren Stellen in Brand gesetzt. Auf den Straßen Zatar-Bunars wurden sofort nach Niederschlagung des Aufstandes 200 Bauern niedergemetzelt. Neunhundert Bauern, die in die Kirche flüchteten, wurden von einer entmenschten Soldateska gefoltert und abgeschlachtet.

Triumphierend verkündeten die amtlichen Berichte, daß 2000 Menschenleben dieser Art preßten zum Opfer gefallen sind.

Ein Gebiet von sechzig Quadratkilometern ist in eine Wüste verwandelt worden.

Diese Gräueltaten aber noch nicht zu genügen. Es bedarf noch der unausgesetzten Folterung von 485 Männern, Frauen und Kindern. Sie unschuldigen politischen Gefangenen werden

wie gewöhnliche Verbrecher

behandelt und ihr Schicksal ist nun einer Militärjustiz anvertraut, deren Urteile nur von Haß diktiert sein können.

Voller Entrüstung über diese Tatsachen wenden wir uns an die rumänischen Behörden und fordern sie auf:

**Keine Wahlversammlung
Keine Sportveranstaltung
Kein Arbeiterfest
ohne Rote Hilfe-Sammlung!**

1. Die Opfer dieser Repression sofort in Freiheit zu setzen.
2. Das Kriegsgericht möge dem allzu kompetenten Abilgericht Platz machen, damit auch eine Verteidigung der Angeklagten möglich ist.
3. Der Prozeß darf nicht bei verschlossenen Türen stattfinden; in- und ausländische Berichterstatter müssen die Möglichkeit haben, den Verhandlungen frei zu folgen.

Dieser Aufruf trägt die Unterschriften:

Romain Rolland; Louis Aragon; Henri Barbusse; Victor Basch; Leon Balagatte; Jean Bernier; Andre Breton; J. A. Boffard; Joe Bosquet; Jacques Calmy; Jean Carrière; Rene Cezbel; Georges Duhamel; Robert Desnos; Paul Eluard; Max Ernst; S. Frankel; Andre Gide; Francis Gerard; Pierre-Jean Joube; Michel Leiris; Bernard Lecache; Georges Limbourg; Mattias Lindé; Victor Marguerite; Marcel Martin; Alexandre Massime; Andre Masson; Max Morise; Georges Mallin; Pierre Morhange; Stephane Maurier; Pierre de Massot; Leon Mailard; Marcel Koll; Henri Pauline; Georges Politzer; Benjamin Peret; Leon Pierre Quint; Mme. Cegerin; Marcel Soufflard; Claude Soufflard; Sade Sunbeam; Charles Vidrac.

Ferner die Unterschrift des Rechtsanwalts und Notars Rikantenstein-Hindenburg.

Kommunistenausweisungen aus England

London, 20. Oktober. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Minister des Innern, Johnson P. S. J., daß er seit dem 1. Januar die Ausweisung von 183 Ausländern in verurteilt habe, die entweder gegen das Gesetz verstoßen haben oder deren Aufenthalt in England unerwünscht gewesen sei. Der Minister betonte, von neuem, daß er sich in der Behandlung der Kommunisten und in der Frage der Beziehungen zwischen Großbritannien und Moskau lediglich von der Sorge um die englischen Bürger und nicht um die Ausländer habe leiten lassen. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß er hinsichtlich der Ausländer keine weiteren Maßnahmen brauche, und daß er die Maßnahmen, die er bereits getroffen, zum Besten des Landes anzuwenden werde.

Die gelben Compergemitalken gegen die internationale Gewerkschaftseinheit

Das englische Telegraphenbüro Reuters meldet aus Atlantische City:

Die Jahreskonvention der amerikanischen Arbeitsföderation lehnte eine Resolution ab, durch welche die wirtschaftliche Hilfe für die sogenannte englisch-russische Einheit vorgeschlagen wurde. Der Ausschuß der Konvention erließ eine Kundgebung, in welcher alle Arbeiter aufgefordert werden, die nationale Arbeiterbewegung zu fördern und den freien Institutionen ihrer Länder treu zu bleiben.

Die Rote Hilfe in Amerika

In einer großen öffentlichen Kundgebung der Workers Party in New York wurde ein Komitee zum Schutze der politischen Gefangenen gegründet. Seit der Gründung dieses Komitees sind in den einzelnen Arbeiterquartieren New Yorks Ortsgruppen der Roten Hilfe gegründet worden.

Die Lage in Marokko

Paris 20. Oktober. Dem New York Herald wird aus Madrid gemeldet, daß der Krim habe einen wichtigen Kriegsrat einberufen, der sich damit beschäftigen werde, erneut Hilfe beim interalliierten Komitee in Berlin und Moskau zu suchen.

New York Herald meldet weiter aus Madrid, daß der spanische Flieger Ferrandis, der an der spanischen Marokkofront als Kampflieger tätig war, bei einem Flug über dem Flugplatz Alcala abgestürzt und tödlich verunglückte.

Begnädigung Rindermanns?

Die bürgerliche Presse meldet aus Moskau, aus gut informierten Quellen verlautet, daß die deutschen Studenten Rindermann und Genossen begnadigt worden sind. Die Begnadigung sollte am 18. Oktober, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, proklamiert werden. Die Studenten sollen nach Deutschland ausgewiesen werden.

Der 10. Parteitag der KPD und unsere Aufgaben in den Sport- und Kulturorganisationen

Von C. M. Heidersbach

Der 10. Parteitag ist vorüber. Durch die Fülle des zu bearbeitenden Materials und der zu behandelnden Probleme und Aufgaben war es natürlich nicht möglich, in dieser kurzen Zeit auch über „Unsere Aufgaben in den Sport- und Kulturorganisationen“ ausführlich zu sprechen, trotzdem es sehr notwendig gewesen wäre. Klar muß ausgesprochen werden, daß unsere Delegierten auf dem Reichsparteitag noch nicht das nötige Verständnis und Interesse für diese gewaltige Massenorganisation neben den Gewerkschaften gehabt haben. Der Genosse Thälmann stellt dieses auch im Schlüsselwort seines Referats über die „KPD und die Gewerkschaften“ mit Bedauern fest. Gerade in den Sportorganisationen öffnet sich für die kommunistische Jugendbewegung ein großes Betätigungsfeld. Hier gilt es, die Massen der Jugendlichen aufzufüllen und für unsere Ziele zu gewinnen. Erst wenn wir verstehen, daß Politik und Körperkultur nicht als Zweierlei in den Sportorganisationen zu betrachten ist, sondern gemeinsam Hand in Hand gearbeitet werden muß, erst dann wird unsere Arbeit von Erfolg sein.

Betrachten wir das Wesen und Treiben der SPD, in den Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Sportorganisationen usw., so finden wir, daß es die SPD verstanden hat, sich in diesen Massenorganisationen einen tüchtigen Funktionärstab zu schaffen und so in der Lage ist, die Massen bei jeder Sitzung oder Vereinsversammlung zu beeinflussen und sie für ihre schädliche Politik zu gewinnen. Natürlich geschieht dies nicht auf direktem Wege, sondern man versucht es indirekt. Wir als revolutionäre Arbeiterpartei müssen aus diesen Vorgängen lernen und die Lehren daraus ziehen. Unsere Genossen müssen versuchen, in den Vereinsversammlungen alle Vereinsangelegenheiten im Zusammenhang mit den politischen Tagesfragen zu bringen. Es gilt eine regelrechte Propaganda für die internationale Einheitsfront und für die erste Arbeiterparteiade in Rußland zu ruffallen. Unsere Genossen müssen sich in allen Sportvereinen als Kommunisten betätigen. Damit darf allerdings für uns revolutionäre Sportler die Parteipolitik nicht erschöpfend sein, sondern jede Parteiversammlung muß von uns Sportlern besucht werden, und dort müssen wir mit unseren Genossen alle Vorgänge, die sich innerhalb der Vereine abgepielt haben, besprechen.

Ist in einer Vereinsversammlung irgendein Delegierter zu einer Konferenz usw. zu wählen, so gilt es, nur Kommunisten vorzuschlagen und zu wählen. Kein Genosse lasse sich von irgend anderen Motiven leiten, denn dadurch stärkt er nur den Reformismus. Bei vielen Konferenzen mögen es Gruppen-, Bezirks- oder Kreis-Konferenzen sein, wird es immer möglich sein, vorher Fraktionsitzungen abzuhalten. Jeder kommunistische Delegierte hat dann die Pflicht, auf Konferenzen Umfchau zu halten nach Gleichgesinnten und sich mit diesen zu verständigen.

Weiter ist es Pflicht eines jeden Kommunisten, mit allen bürgerlichen Sportorganisationen zu brechen, denn wir können nur den Arbeiterorganisationen angehören. Nur dort, wo solche Arbeiterorganisationen bestehen, haben unsere Genossen die Aufgabe, sich in diesen bürgerlichen Vereinen als Kommunisten zu bewegen und dahin zu wirken, daß alle bürgerlichen Sportvereine schmelzlos der Arbeiterbewegung angeführt werden. Betreiben wir so unsere Propaganda in den Sportorganisationen, so werden wir bessere Erfolge zu verzeichnen haben.

Lohn und Strafe als Erziehungsmittel

Von Lehrerin Elise Frau

Zucht mit Ruten zwingen nimmer wirds gelingen.
Wer zu Ehren kommen mag, dem gilt Wort so wie fals Schlag.
Der gilt Wort so viel als Schlag, wer zu Ehren kommen mag.
Zucht mit Ruten zwingen nimmer wirds gelingen.

So hat Walter von der Vogelweide in seinem mittelalterlichen Rechreim geungen. Wenn auch der Winnesänger nicht als Erziehungslehrer gilt, so liegt in seinem Vers ein Vertiefen, den sich Eltern und Erzieher einprägen sollten. Viele Eltern sind der Ansicht, daß sie bei der Erziehung ihrer Kinder unbedingt die Prügelstrafe zu Hilfe nehmen müssen, aber es gibt nichts Unpädagogischeres als die Anwendung dieses Erziehungsmittels. Das Kind ist wehrlos und der Kräftigere steht hier dem Schwächeren gegenüber. Wie häßlich ist es, seine Kraft zu mißbrauchen! Denken wir, das Kind könnte als Erwachsener ebendürrig gegenüber, wir würden uns wohl hüten, uns an diesem zu vergreifen. Manche nervöse Mutter wird durch das kleinste Vergehen des Kindes zu heftigem Zorn gereizt, das Kind wird zur Strafe geschlagen, obwohl es meistens bei seinen Handlungen nicht denkt und ihm auch gar oft der Fehler nicht zum Bewußtsein kommt. Ein pädagogischer Grundgedanke lautet: „In jedem Vergehen des Kindes liegt der Grund in sich selbst.“ Da heißt es also nachdenken! Strafen die Erzieher mit Schlägen, so geschieht das aus Bequemlichkeit des Erziehers selbst, denn er findet es als das einfachste, ein Vergehen zu strafen, er braucht nicht nachzudenken, wie er das Kind am besten erzieht, ohne es zu prügeln.

Sind die Eltern gezwungen, zu Strafmitteln zu greifen, so sind es am besten jene, die sich aus den natürlichen Folgen der strafbaren Handlung von selbst ergeben. So einige Beispiele: Unordentlichkeit beim Ausführen der Hausaufgaben hat zur Folge, daß das Kind die Arbeit noch einmal machen muß; liegt ein Kind bewußt, so entzieht man ihm für einige Zeit das Vertrauen, bis es sich gebessert hat; ein Kind kommt nicht zur rechten Zeit vom Spielplatz heim, es ist unpünktlich; so wird ihm bei der nächsten Gelegenheit die Freiheit eingeschränkt oder die Spielzeit verkürzt, ein Kind naht trotz des Verbotes der

Mutter von Tadeln, so muß es von Mäher durch mehrere Tage ohne Zucker trinken. Solche und ähnliche Strafen wirken viel mehr auf das Kind ein als die Prügelstrafe. Sie erfordern zwar Nachdenken, auch Selbstbeherrschung der Eltern, haben aber mehr Erfolg. Bei Kindern mit besonders empfindlichen Gemüt genügt so oft ein Blick, Ermahnung und liebevolles Zurufen. Unpädagogisch ist es, wenn Eltern mit ihren Kindern oft tagelang nichts reden, um auf diese Art ihr Selbstgefühl über das Vergehen des Kindes zu zeigen. Wohl haben manche Kinder diese Gewohnheit anderen Kindern gegenüber, wenn sie sich untereinander gestritten haben, doch sollten sich die Eltern über die Kinder stellen. Hat das Kind seine Rüge oder Strafe erhalten, dann soll das gleiche innige Verhältnis zwischen Eltern und Kindern bestehen wie vorher.

Achillid wie beim Strafen, sollen sich die Eltern auch beim Belohnen an die Natürlichkeit halten. Die Belohnung jeder guten Tat liegt im Gefühl der inneren Befriedigung. Wird also ein Kind für seine gute Tat belohnt, so wird es somit zweimal belohnt, was eigentlich überflüssig ist. Man soll also mit dem Belohnen noch zurückhaltender als mit dem Strafen sein, um ein Kind nicht zu verwöhnen. Sieht ein Kind, daß Eltern oder Erzieher mit ihm zufrieden sind, so soll dies schon in den meisten Fällen genügen. Eine größere Belohnung sei das Lob. Mit diesem sei man aber sehr vorsichtig und sparsam. Hat ein Kind nicht mehr getan, als einen Befehl ausgeführt, so brauchen es die Eltern nicht auch noch zu loben, da sonst das Kind zu der Ansicht kommt, gehorche und wenn es einmal nicht gehorcht, sei das Vergehen nicht so groß.

Kind mit Nachwerk zu belohnen ist wenig erzieherisch, da sie dadurch genährig werden und sich außerdem noch Zähne und Magen verderben.

Der nötige Ernst, die innige Liebe zum Kinde und vor allem das Klassenbewußtsein geben Eltern und Erziehern die richtigen Erziehungsmittel zur geeigneten Zeit in die Hand, um aus ihren Kindern brauchbare Menschen zu bilden für den proletarischen Kampf.

Wahlfonds-Sammelkarten und Wahlfonds-Marken

Wir fordern sämtliche Vorleiter der Ortsgruppen auf, sofort mit ihren Kassierern in Verbindung zu treten, damit die ausgegebenen Wahlfonds-Marken schneidestens abgerechnet werden und die Sammelkarten, soweit bereits auf diesen gesammelt ist, ebenfalls an uns abgerechnet werden. Wenn eine endgültige Abrechnung nicht möglich ist, muß sofort unter Angabe der Ortsgruppe und Sammelkartennummer a-Conto-Zahlungen geleistet werden, und zwar an Kurt Müller, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Bezirksleitung

Aus technischen Gründen fällt die heutige Fortsetzung des Romans aus.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Illustrate: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schloßsche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Spielplan

von Montag, den 19. Oktober bis Montag, den 26. Oktober

Roberttheater

Montag, den 19. Oktober

abends 8 Uhr

Dienstag, den 20. und

Mittwoch, den 21. Oktober

abends 8 Uhr

Donnerstag, den 22. und

Freitag, den 23. Oktober

abends 8 Uhr

Sonnabend, den 24. Oktober

abends 8 Uhr

Sonntag, den 25. Oktober

nachmittags 3 1/2 Uhr

Abends 8 Uhr

Montag, den 26. Oktober

abends 8 Uhr

Thaliatheater

Montag, den 19. Oktober

bis Freitag, den 23. Okt.

abends 8 Uhr

Sonnabend, 24. Oktober

abends 8 Uhr

Sonntag, den 25. Oktober

nachmittags 3 1/2 Uhr

abends 8 Uhr

Montag, den 26. Oktober

abends 8 Uhr

Schauspielhaus

Operettenbühne

Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr

U f c h i

Sonnabend 8 Uhr

Wiederauftreten

Walter Jankuhn

zum 100. Geburtstag

von

Johann Strauß

Wiener Blut

R. Königsberger Nachfolger

Landeshut i. Schlei.

Stadt-Theater

Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielplan vom 18. bis 25. Oktober

Freitag, den 20. Oktober, abds. 6 Uhr

Die Weiberhänger von Nürnberg

Sonntag, den 21. Oktober, abds. 8 Uhr

4. Aufführung im Abonnement

Les petits riens

Operette

Die Kaiserin von Athen

Freitag, den 22. Okt., abends 8 Uhr

Polenwas Erzählungen

Freitag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

La Traviata

Sonnabend, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Les Misérables

Sonntag, den 25. Okt., vorm. 11 1/4 Uhr

2. (literarisch-musikalische) Morgenkonzert

Johann Strauß

Extrag von Dr. Paul Stejan-Eben

Lied und Gesang

abends 7 1/2 Uhr

Jur. Feier des 100. Geburtstages von Johann Strauß

Liebig-Theater

Telephon Ring 1646

Oktober 1925

Täglich 8 Uhr!

Sensations-

Gaßspiel

Sadie

Der Seelöwe

als Komiker

Banhair-Trappe

Deutsche

Meister-Karier

8 Academy-Girls

Englische Jugend in

Tanz und Gesang

Willy Bolesbo

Rheinisch Komiker

Kapelle Stern

Das berühmte

Jazz-Orchester

Walter Schöner-

Heinrich

i. d. Gesangsszene

im Klosterkerker

Bermudes

Der Lachschlager

San Licht Comp.

Stiefel - Villa

Ritter & Knappe

Kraft und Humor

Prof. Max Lügmann

Mundharmonika

Verböse

Selma Braatz

Fangspiele

Der Parteiarbeiter ist erschienen!

Preis 20 Pfg.

Literaturprobleme wollen sofort Bestellungen machen, damit die folgenden Nummern rechtzeitig geliefert werden können

Proletarische Literatur - Vertriebsstelle Göttingen

Max Fischer, Breslau 10

Trebnitzer Straße Nr. 50

Hierdurch biete ich meine Dienste als Kammerjäger an zur Vernichtung sämtlicher Ungeziefer wie:

Katten, Mäuse, Ameisen, Wanzen, Wägen, Schwaben usw.

Für korrekte radikale Vernichtung wird garantiert.

Ich bitte um Ihre gefällige Auftragserteilung

Hochofengasse 5

Max Silber, Kammerjäger

Breslau 10, Seitengasse 5

Abonnenten der

Schlesischen Arbeiter-Zeitung

erhalten gegen Vorzeigung der letzten Quittung für Rasteren

und Haarschneiden

ermäßigte Preise

M. Brunn, An den Katernen 5

Zeitung liegt aus

Heinrich Sindermann

Altwasser

Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Circus Busch

Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

nachmittags halbe Preise

Erste Große Circusrevue

Kusch Kusch

20 lustige Bilder 20

mit Anna Müller-Linke

Lachen ohne Ende - Im Rahmen der Kunst u. a.

Charly

der Gentleman Seelöwe

REVUE-STAR

Georg Burkhardt-Footit

der Altmeister der hohen Schule

Die lustige Price-Comp.

Musik-Phantasten

5 Gebrüder Reinsch

Jockey-Akrobaten in höchster Vollendung

Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen

Circuskasse, Barasch, Gelbe Radler

KARL WIESNER

Lederhandlung

Waldenburg (Neustadt)

Tel. 1435

Billigste

Lebensmittel

reellste Bedienung

Albert Stofch

Breslau 10

Herzogstraße Nr. 36



Das Haus der

guten

Stapelqualitäten!

Die

billige Bezugsquelle

für sämtliche

Bedarfsartikel!

Solales

Den Republikanern zum 17. Oktober

Oh Arbeiter schreibst und:

Wo bleibst du, stolze Fahne Schwarz und Rot und Gold? Erträumst du in stiller Ede, kein laubertlich eingeölt...

Wo bleiben deine Gelben, Köhne Schwarzrotgold? Sie träumen auf ihrem Sofa Dabein, aufsammergerollt...

Die Gelben und die Fahne, Das Sofa und der Traum, In ihre Republik und Draußen merkt man kaum...

Der neue Kurs in der Partei

„Die Kritik an den Fehlern der bisher führenden Gruppen wird nur dann einen wirklichen und dauernden Nutzen bringen, wenn sie zu einer besseren und entschlosseneren Erfüllung der politischen Aufgaben der Partei, bei Gewinnung der Massen führt.“

Diese Sätze aus dem 6. Abschnitt des Ekklitriefes haben bisher die wenigsten Genossen begriffen. Betrachten wir die bisherigen Ergebnisse der Diskussion über den Ekklitrief im Breslauer Bezirk, so müssen wir feststellen, daß der Gewinn gering ist. Die Ursache hiervon ist in der mangelnden thematischen Durcharbeitung des Briefes zu erblicken...

Breslauer Stadttheater

„Les petits riens“. „Die Ruinen von Athen“.

Im Jahre 1756 wurde in Salzburg, der Residenzstadt des Erzbischofs Salzburg, Wolfgang Amadeus Mozart geboren. Als man ihn 1791 im Armeegraben auf dem Wiener Friedhof belegte, war einer der größten Komponisten der Welt dahingegangen...

In ungezügelter Reihenfolge führen die einzelnen Figuren des Koloss ihre anmutigen Tanzbewegungen auf. Die letzte umschwebende Musik Mozarts wird durch die rhythmischen Körperbewegungen zu einem harmonischen Ganzen und gibt so ein treffendes Abbild jener Lebensart der herrschenden Gesellschaft des 18. Jahrhunderts...

Mancher unserer Genossen wird fragen, was das oben Gesagte und Interessiere. Die Beantwortung dieser Frage besteht aus dem ersten Teil unserer Stellungnahme zum heutigen Theater und Kommerzbetrieb wollen wir einem Inkter...

„...ater: Mittel und die 36 Gerechten

Komödie von Hans V. Kahlisch. Pessing lagte einmal in dem trefflicheren Instinkt des bürgerlichen Klassenbewusstseins, daß die Art der Stoffwahl für den Dramatiker von entscheidender Wichtigkeit sei...

Das Uebergangshaus Paulinenhof

Kein Arbeitslohn, sondern „Bergütung“ bei Fleiß und „gutem Betragen“ — Briefkasten — Uebergangshaus ober Zuchthaus?

Breslau, 10. Oktober.

Als in den vergangenen Wochen die solenne bürgerliche, einschließlich der sozialdemokratischen Presse in allen Lokalen das sogenannte Uebergangshaus Paulinenhof als eine Wohlthat für die entlassenen Gefangenen pries, waren wir die einzige Zeitung in Schlesien, die diesen Lobpreisungen kritisch gegenüberstand...

Paulinenhof, 1. Oktober 25.

Vertrag

Zwischen dem Vorstände der Schlesischen Gefängnisgesellschaft, vertreten durch den Verwalter des Uebergangshaus Paulinenhof und dem — Geburtsdatum: — ist heute folgender Vertrag abgeschlossen:

- § 1. Der Unterzeichnete erklärt hierdurch ausdrücklich, daß er auf keinen Wunsch in Paulinenhof aufgenommen ist. § 2. Er verpflichtet sich, nur für Kost und Obdach zu arbeiten. Nach 14 Tagen erhält er eine freiwillige Vergütung, deren Höhe nach Fleiß und Betragen bemessen wird...

ordnung unbedingt Folge zu leisten und verpflichtet ist, mindestens drei Monate in dem Heim zu bleiben.

Paulinenhof, den 1. Oktober 1925. Unterschrift des Pfleglings Unterschrift des Verwalters Oul Paulinenhof, Volk Volkow, Kreis Wroclaw.

Monatelang, oft jahrelang hat der Gefangene trotz 9 bis 10ständiger Arbeitszeit keinen Lohn, sondern eine nicht einlagbare Vergütung von 8 bis 11 Pfennigen pro Tag erhalten.

Monatelang, oft jahrelang hat der Gefangene trotz nur bis zehnstündiger Arbeitszeit keinen Lohn, sondern eine nicht einlagbare Vergütung von 8 bis 11 Pfennigen pro Tag erhalten.

Was bietet ihm in dieser Situation nun Paulinenhof? Nicht mehr, aber weniger, als ihm das Gefängnis geboten hat. Zwar erhält er Kost und Obdach. Der Arbeitslohn wird aber ebenso wie im Gefängnis und im Zuchthaus in das Gemeinwesen der Anstaltsleiter geleitet und als nicht einlagbare Vergütung gekennzeichnet.

Der Entlassene hat nach dem vorliegenden Vertrage nur Pflichten, über seine Rechte bestimmt lediglich die Anstaltsleitung. Seine Beschwerdeinstellung erlischt laut Vertrag mit dem Arbeiter ist also noch rechtlos als im Gefängnis. Sogar die Arbeitskleidung muß nach drei Monaten bezahlt werden.

Dieser Arbeitsvertrag ist nicht nur ein Dohn auf jede ihren Namen verdienende Fürsorge, sondern er bedeutet vollkommene Entrechtung des Arbeiters. Er beachtet nicht einmal die elementarsten Bestimmungen und Rechte, die im bürgerlichen Gesetzbuch, bei der Vertragsschließung festgelegt sind.

Nun, das Uebergangshaus Paulinenhof untersteht nicht nur der Schlesischen Gefängnisgesellschaft, sondern auch der Provinzialverwaltung, welche die Mittel für den Bau des Heimes darlehensweise hergegeben hat.

Wer also die Zuchthausordnung in Paulinenhof befehligen will und eine wirkliche Fürsorge für entlassene Gefangene anstrebt, der muß für den Sieg der kommunistischen Liste bei den Provinziallandtagswahlen arbeiten.

Massen. Deshalb bezieht die Antike ihre Tragödiendichter und das Mittelalter seine großen Romanciers, während der entwickelteste Kapitalismus dagegen ein einseitiges Kunstwerk nicht schaffen konnte.

Es ist daher kein Zufall, daß die heutigen Dramatiker entweder in Romantik, Religion und Mystizismus fliehen, oder daß sie psychologische Stücke schreiben, in denen das Bewußtsein einer Klassen-gesellschaft mit ihren unerhörten dramatischen Problemen augetischt ist.

Sine Verbindung von beiden gibt Kahlisch in seiner Komödie „Peter Mittel, dem Beispiel des frommen, eben gestorbenen Kommerzienrates folgend, der zu den 36 Gerechten gehörte, beschließt, sein lüderliches Leben aufzugeben und auch einer von den 36 Gerechten zu werden, wegen deren Sott die lüderliche Welt weiter bestehen läßt.

Zur Volkstheater gehören Tausende von organisierten Arbeitern. Sie haben ein Recht, Befahren von dem großen Schatz der deutschen Literatur zu lesen, als diese tauben Blüten von dem Baume der „modernen“ Dichtung.

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Regier. Dr. Mittwoch, abends 8 Uhr bei Frau, Funktionärin. ... Regier. Dr. Freitag, abds. 7.30 Uhr Bezirksversammlung. ...

Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

- Wrocław. Donnerstag, abds. 8 Uhr Partei u. Gewerkschaftsmittelsitzung. ... Donnerstag, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. ...

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Dienstag, abds. 7 Uhr Mittelsitzung. ... Mittwoch, abends 7 Uhr sämtliche Epistelle von Nord und Süd. ...

Veranstaltungsanzeigen

- Breslau. Abds. 7.30 Uhr bei Frau, Funktionärin. ... Abds. 8 Uhr. ... Abds. 8 Uhr. ...



Betrieb und Werkstatt

Die Lattit der Unternehmer

Preußen-Hütte, Glinde

(Von unserem Betriebsberichterstattler.)

Wollten sich da neulich bei uns in der Preußen-Hütte Gleichmütig die Arbeitkollegen gegen die Einführung einer neuen Arbeitskontrolle sträuben.

Aber so was gibt es ja gar nicht! — Wozu sind wir denn oberflächlich, anspruchlos, nachlässig, die da um des Unrechts willen schweigen und leiden sollten?

Und als da immer noch welche sich aufregten, da kam die Direktion mit dem Schred in Form einer Anklage über das Einlegen von Feuerschiffen. Ach, liebe Direktion, meinst du, wir glauben noch den „Schmog“? — Oder sollte es wirklich schon so weit sein, daß es nicht mehr geht? — Dann wäre es wirklich an der Zeit, daß die Arbeiter sich rüsten. —

Liebe Arbeitkollegen! So machen sie es alle; die frische Gesellschaft droht uns mit dem Hunger, wenn sie etwas erzwingen will.

Wie demütigend ist es, sich sagen zu lassen: „Wenn du dich nicht fügst, nimm ich dir das Brot weg.“ Arbeitkollegen! Seid ihr zu feige, über solche Sachen nachzudenken, dann erzählt es wenigstens euren Kindern. —

Brutale Lehrlingshinder

Firma Thorsch und Baum

(Von unserem Betriebsberichterstattler.)

Die genannte Firma muß ihre Lehrlinge in letzter Woche von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr, mit einer halben Stunde Mittag, die, weil viel zu neu ist, auch nur selten einhalten werden kann. Vor einigen Tagen sagte der Meister zu einem Jungen, der mit den anderen Lehrlingen abends die Werkstatt aufräumen muß: „Geheut au die Heren.“ Der Junge antwortete ihm darauf: daß geheizt ausgekehrt wird und daß sie froh wäre, wenn sie nach der langen Schusterzeit auch mal nach Hause kämen, worauf ihm der Meister brutal einen Schlag ins Gesicht versetzte, dem noch ungefähr zehn Schläge folgten. Der Junge brach gleich zusammen. Der Meister forderte ihn darauf auf, ein Glas Wasser trinken zu gehen, damit ihm besser werde. Etwas später rief er ihn zu sich in das andere Zimmer und sagte ihm, sie wollen weiter gute Freunde bleiben, es soll alles wieder gut sein.

Die laubere Firma beschäftigt drei Lehrlinge, drei Lehrlinginnen und drei Weibchen. Wo bleibt die Gewerbebehörde?

Die „Vollswacht“ als Latai von Halpans

(Von einer Betriebsberichterstattlerin.)

Die Artikel der „Schließlichen Arbeiter-Zeitung“ über untern Betrieb haben im Betrieb wie eine Bombe eingeschlagen. Ich kenne sie wie von einer Lanze gelassen und freilich nicht: Nein, so eine Gemeinheit! Die Arbeiterin, die den Artikel eingeschickt hat, ist noch im Betrieb, die muß raus! In kurzer Zeit waren die zur Agitation bestimmten Nummern vergriffen. Die Arbeiterinnen freuten sich über die Brandmarke ihrer Peinigerin. Wie erstaunt waren wir aber, als wir gestern nachmittags im Betrieb die „Vollswacht“ lasen. Bringt es doch dieses angebliche Arbeiterblatt fertig, die Firma Halpans zu verteidigen. Die Zuschrift soll angeblich von Arbeiterinnen stammen; wir halten das aber nicht für möglich. In der Zuschrift wird bestritten, daß die hygienischen Einrichtungen zu wünschen übrig lassen. Nun, wir würden dem Artikelreiber mal empfehlen, sich bei den Arbeiterinnen zu erkundigen, da wird er eine andere Antwort bekommen. Auf die anderen Dinge geht der Artikel nicht ein. Es wird nicht bestritten, daß 200 Arbeiterinnen entlassen worden sind. Es wird auch nicht geleugnet, daß die Arbeiterinnen während des Zwangsurlaubes 4,50 Mark als Entschädigung erhielten. In Zweifel gestellt wird nur, daß Herr Halpans Millionär ist. Wenn der Artikelreiber meint, daß die „Schließliche Arbeiter-Zeitung“ nicht im Betrieb geleitet wird, so ist er gewarnt im Irrtum. Gerade die Arbeiterinnen lesen die kommunistische Presse mit großem Interesse. Nachdem die „Vollswacht“ in so gemeiner Weise den Arbeitern in den Rücken fällt, haben viele Arbeiterinnen gestern die „Vollswacht“ abgelehrt und werden die kommunistische Zeitung abonnieren.

Anmerkung der Redaktion: Nach einem Wiener Gerichtsbescheid müssen Textinhalte durch ein Attest gekennzeichnet werden. Ein solcher Bescheid wäre bei einer gewissen Presse auch in Deutschland dringend notwendig. Fast müde die Halpansverteidigung des sozialdemokratischen Blattes wie eine behaftete und heftige Arbeit an.

Es ist charakteristisch für den Zustand der „Vollswacht“ und für ihre Loyalität gegenüber dem Kapital, daß sie zu einer Zeit, in der 200 Arbeiterinnen von der Firma aufs Spiel geworfen werden, sich nicht schämt, die Antidemokraten zu verteidigen. Bei den guten geschäftlichen Beziehungen der Firma Halpans zur „Vollswacht“ begreifen wir zwar, daß die Redaktion sich genötigt fühlt, der angeprangerten Firma beizustehen. Die „Vollswacht“ sollte aber nicht gar so plump vorgehen. Auch der ungeschulteste Arbeiter sieht diesem Artikel sofort die bestellte Arbeit an. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Halpans dieses Manöver durchschauen und die „Vollswacht“ aus dem Hause werfen werden.

„Geran an die Karren!“

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Handlung eine Wirtschaft in Gräbchen bei Brezlau Arbeiter, Benzler und Geran sind ein Stück.

Landwirt: Was mit den Karren steht? Ja, aus und sie, man hat aber keine 2-4 dabei. Sie bringen uns nichts zu, gegen unsere Aufgaben sind sie zu billig. Dieses Frühjahr sind die Karren, was war das alles teuer. Wie können jetzt die Karren stehen, die uns alle laßt stehen. Ich beachte doch schonal wieder Grundbesitzer wie vor dem Krieg.

Fabrikarbeiter: Karren zu billig? Für was? Karren noch viel zu teuer. Karren und Karren haben

Die Folgen der Darwesierung

Zunahme der Eisenbahnunfälle

Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird uns geschrieben: Verschiedene, in letzter Zeit vorgekommene größere Eisenbahnunfälle, wie im polnischen Korridor, in Serne, in Regensburg usw., und die sich häufenden Unfälle über kleinere Unfälle, haben die Öffentlichkeit auf die Sicherheitsverhältnisse bei der Reichsbahn aufmerksam gemacht. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat darüber auch eine Denkschrift an den Reichstag eingereicht. Aus dieser ist zu entnehmen, daß die Zahl der Unfälle tatsächlich gestiegen ist.

Es betragen die Betriebsunfälle im ganzen auf eine Million 300-Kilometer

im Jahre 1913 gleich 4,66,

im Jahre 1923 gleich 6,23,

im Jahre 1924 gleich 6,33.

Danach war die Unfallhäufigkeit im Jahre 1924 noch um 36 Prozent größer als im Jahre 1913 und sie ist auch gegenüber dem Jahre 1923 nicht gesunken, sondern gestiegen. In der Steigerung sind nicht nur die Eisenbahnen, sondern auch die Reisenden beteiligt. Auf eine Million Zug-Kilometer der Personenzüge zählte man im Jahre 1913 gleich 1,83 getötete und verletzte Reisende, im Jahre 1924 aber stieg diese Zahl auf 3,19 oder um 74 Prozent höher als im letzten Vorkriegsjahr.

Auf Seite 2 zählt die Denkschrift 13 größere in den Jahren 1921 und 1922 vorgekommene Eisenbahnunfälle auf, bei denen 58 Tote und 524 Verletzte zu verzeichnen waren und bemerkt dann dazu:

„Diese Unfälle sind nicht als „schwere“ anzusehen. Die hohe Zahl der Verletzten erklärt sich dadurch, daß die Reisenden in klarem Maß dazu neigen, sich bei Eisenbahnunfällen als „verletzt“ zu melden, auch wenn es sich nur um geringfügige Kontusionen oder überhaupt nicht wahrnehmbare Schäden handelt. Sie müssen dann als Verletzte in der Statistik nachgewiesen werden (im Gegensatz zu den Bediensteten, die erst bei einer vierzehntägigen Dienuntauglichkeit als solche gezählt werden), was die Statistik ungünstig beeinflusst.“

Nach dieser Bemerkung scheint es die Reichsbahn nicht gern zu sehen, daß bei den größeren Unfällen, welche naturgemäß ein hartes Aufschlagen der Köpfe an die Wagenwände zur Folge haben, die Reisenden mit den verletzten und stierenden Köpfen sich als verletzt melden. Diese Meldung sollte man den Reisenden, die im ersten Augenblick unmöglich wissen können, ob der Anfall nicht doch ernsthafte Folgen haben kann, aber schon in Rücksicht auf leichtere Feststellungen für eine eventuelle Schadenersatzklage nicht vernehen.

Außer in der Denkschrift ist die Unfallhäufigkeit bei der Reichsbahn auch noch im Reichsarbeitsblatt, Heft 23/1925, besprochen und dort gesagt:

„Besonders auffällig ist, daß die Zahl der tödlichen Unfälle, von denen Reisende und Bahnarbeiter durch eigene Unvorsichtigkeit ereilt wurden, 1922 rund siebenmal größer war als die Zahl der unvermeidlich tödlich Verunglückten, die bei Unfällen und durch Verfehlungen von Eisenbahnern undamen.“

Sie ist nun nicht von „geringfügigen Kontusionen oder überhaupt nicht wahrnehmbaren Schäden“, sondern von tödlichen Unfällen die Rede. Ob bei diesen in letzter von achtzehn Tötungen wirklich die Folgeebenen selbst schuld waren, darf man wohl mit einem Fragezeichen versehen, wenn man in dem amtlichen Nachforschungsbericht der Deutschen Reichsbahngesellschaft Nr. 32/1925 liest, daß „als Ursachen der Entgleisungen in der weit überwiegenden Zahl der Fälle Schäden am Oberbau und an den Fahrzeugen festzustellen“.

Wir ja wieder Fahrt bekommen, 9 Mark werden uns jedes Woche darauf abgezogen, und von der nächsten Woche ab arbeiten wir nur drei Tage die Woche, was dann?

Gemüsehändler: Ja, das stimmt, die Arbeitelöhne sind viel zu niedrig, der Arbeiter kann nichts kaufen. Auf dem holländischen Gewerbe, was ist da ein Zoll drauf (Blumenzoll, roter Kapuzen). Ausländische (spanische) Weintrauben, die vor ein paar Wochen noch 60 Pf. kosteten, kosten jetzt eine Mark und darüber. Und die Trauben vom Rhein, sind sie billiger? Nein, da wird das eben für gefordert. Preisverbilligung? 1/3 Prozent ist die Umkehrheruntergekommen. Das merkt man gar nicht.

Landwirt: Zwar Preisverbilligung, etwas anderes liest man nicht in der Zeitung und nachher, geht's so weiter, ist noch was einer von uns dabei.

Arbeiter: Das ganze kommt aber aus von den „Großen“, auf was wird alles abgezogen, ihr kleinen Geschäftsleute und Danera steht das nur noch nicht genügend ein. Wer ist zum Beispiel schuld an den hohen Ausgaben der Kleinbauern? Und wer hat die hohen Zölle befördert für das Gemüse also? Schimpfen macht nichts. Die Ursachen müssen gesucht werden, wenn man etwas ändern will.

Gemüsehändler: Ursachen hier, Ursachen hier. Um die Politik kümmere ich mich nicht.

Landwirt: Ich denk auch, daß die Politik mit den Karren nichts zu tun hat.

Arbeiter: Aber die Großfabrikanten in der Kali- und Eisenindustrie und die Großgrundbesitzer haben die hohen Preise gemacht, und das (zum Landwirt) die Ausgaben so teuer werden. Die kleinen Leute haben im Reichstag die Zölle und Steuern beschloßen, wodurch alles, auch das Gemüse so teuer werden. Dem Arbeiter aber wird von dem alten Herrn kein Meran mehr Lohn bezahlt. Wer weiß, ob ihr heute nicht selbst die Abgeordneten gewählt habt, die uns jetzt alle die Schlinge um den Hals fest ziehen.

Landwirt: Geht durch Schaden wird man klug. Bei der nächsten Wahl muß ich selber Bescheid. Ich weiß, daß wir mit den Arbeitern gehen müssen, die anderen helfen uns doch niemals aus der Arde heraus.

Gemüsehändler: Das stimmt, von den Arbeitern sind wir abhängig. Aber auch von den Arbeitgebern.

Arbeiter: Arbeitgeber? Das sind wir doch im richtigen

Wenn der Reichsbahngesellschaft aber ein solches unbedachtes Geländnis entschließt, sollte sie auch bei steigender Unfallhäufigkeit in einer Denkschrift, die den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet wird, nicht von einem fast ausschließlich Selbstverschulden der Reisenden reden und im Interesse des reisenden Publikums kein Mittel unversucht lassen, die Unfallziffer zumindest wieder auf den Stand von 1913 herunterzubringen. Das ist möglich, wenn das Material besser in Ordnung gebracht und das Personal durch Vermeidung von Überanstrengung und ausreichende Entlohnung die einflussreich gehalten wird.

Vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird die Notwendigkeit anerkannt, die frühere Sicherheit der deutschen Eisenbahnen wiederherzustellen und der steigenden Unfallhäufigkeit entgegenzuwirken. Er geht mit dem Bestreben der Reichsbahngesellschaft, die Einhaltung der Vorschriften für die Sicherung des Eisenbahnbetriebes sicherzustellen, durchaus konform. Nur ist es bedauerlicherweise die Reichsbahngesellschaft selbst, die durch ihre Maßnahmen auf personalpolitischen Gebieten die betriebliche Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährdet. Zweitens beginnt sich der übertriebene Personalabbau, darunter eines großen Teiles gut ausgebildeter, alter, erfahrener Betriebsleute, in nachteiliger Weise auf die Betriebssicherheit auszuwirken. Durch das ungesunde System von Anreizprämien — sogenannte Leistungszulagen — wird das Personal zur oberflächlichen Handhabung der Sicherheitsbestimmungen geradezu verleitet, um eben die gewünschten Höchstleistungen unter allen Umständen zu erzielen. Ebenso trägt dazu bei der ständige Arbeitsdruck und die Furcht, dienstliche Nachteile zu erleiden, wenn in der Abwicklung des Verkehrs Verzögerungen eintreten, die auch bei einer peinlichen Beachtung der Dienstvorschriften vielfach nicht zu vermeiden sind.

Es ist kein Wunder, daß sich im Eisenbahnpersonal nach der Bekanntgabe der eingangs erwähnten verschärften Anweisung der Reichsbahndirektion eine Unruhe bemerkbar macht, zumal von Gewerkschaftsseite auf die unvermeidlichen Folgen der verschärften Personalpolitik der Reichsbahn wiederholt erfolglos hingewiesen worden ist. Das um so mehr, als in einer neuerlichen Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt behauptet wird, daß sich für rund zwei Drittel aller Eisenbahnunfälle ein Verschulden oder Versagen der Betriebsleute nachweisen lasse. Tatsächlich sind nach einer Denkschrift des Reichsverkehrsministers beispielsweise als Ursachen von Entgleisungen in der weit überwiegenden Zahl der Fälle Schäden am Oberbau und an Fahrzeugen festzustellen. Das Personal steht gewissermaßen unter doppeltem Druck: einerseits verschärfte Androhung der Befrafung bei nicht genauer Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, andererseits bei Druck der Dienststellen, bei unzureichender Personalbesetzung Höchstleistungen zu erzielen.

Auch das Personal hat ein Interesse daran, den früher mit Recht gerühmten sicheren Betriebsstand der deutschen Eisenbahnen wiederherzustellen, sowohl im Interesse des reisenden und verfrachtenden Publikums als auch im eigenen Interesse, um sich und ihre Familien vor Schäden an Gesundheit und Leben zu schützen und nicht den strengen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Gefährdung von Eisenbahntransporten anheimzufallen. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat es an Verflärung nicht fehlen lassen, um seine Mitglieder von der Notwendigkeit der gewissenhaften Einhaltung der für die Sicherung des Eisenbahnbetriebes geltenden Vorschriften zu überzeugen.

Gewerkschaft

Steinarbeiterversammlung in Striegau

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)
Freitag, den 9. Oktober, fand im Volkshaus eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Gewerkschaftssekretär Müller gab Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Aus denselben war zu ersehen, daß die Unternehmer für Lohnzulage nicht zu haben sind. Ja, Kollege Müller, da mühen Anlagelieber nichts. Wir als Kommunisten haben schon immer darauf hingewiesen, daß mit der heutigen Kampfweise der Gewerkschaften keine entscheidende Kämpfe geführt werden können. Dazu gehört eine Gewerkschaft, die aufgebaut ist auf einer viel breiteren Grundlage. Aber gerade Du, Kollege Müller, bist doch einer der schärfsten Gegner von Industrieverbänden sowie der Gewerkschaftseinheit überhaupt. Dies zeigte sich doch ganz deutlich bei dem von der Opposition gestellten Antrag, daß ein Delegierter der Rußland-Delegation in einer Steinarbeiter-Versammlung sprechen soll. Dort hast Du doch gegen besseres Wissen behauptet, daß bei der Delegation kein eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie war. Unsere Genossen, welche auch darauf aufmerksam machten, daß doch auf dem Parteitag der SPD. sogar ein Antrag gestellt wurde, der dahin ging, diejenigen Sozialdemokraten, welche an der Delegation teilgenommen haben, aus der Partei auszuschließen sind. Wir raten Dir, in Zukunft mit deinen Augen etwas vorsichtiger umzugehen. Wir werden aber dieses Mal den Striegauer Arbeitern Gelegenheit geben, sich selbst von dem überzeugen zu lassen, was wir ihnen schon sooft gesagt haben, nämlich, daß „Müller“ der schärfste Gegner der Gewerkschaftseinheit ist.